

Helmut Schmidt

DAS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONZEPT DER SOZIALDEMOKRATIE

Bemerkungen zum Ergebnis des Dortmunder Parteitages

Zum ersten Male seit langen Jahren hat die SPD auf ihrem Dortmunder Parteitag im September dieses Jahres wieder ein umfassendes Programm beschlossen. Sie hat sich dabei nicht an historische Vorbilder ihrer eigenen Parteigeschichte angelehnt, sondern hat ihr „Aktionsprogramm“ bewußt auf die kommende Bundestagsperiode 1953—1957 abgestellt. Es war also kein „Grundsatzprogramm“ beabsichtigt, sondern eher ein Leitfaden für eine sozialdemokratisch bestimmte Regierung der nächsten Jahre. Damit entfiel hier die Notwendigkeit, sogenannte Endziele zu definieren; Ausgangspunkt war vielmehr der Wunsch, seinen eigenen Anhängern, noch mehr aber dem in Dortmund häufig zitierten potentiellen SPD-Wähler klar und deutlich die unmittelbaren Absichten der Partei vor Augen zu führen. Damit kam die SPD einem ausgesprochenen Bedürfnis nach, das schon mehrfach von den Beschlußgremien der Partei, so insbesondere im Mai 1950 vom Hamburger Parteitag, festgestellt worden war.

Das Aktionsprogramm gliedert sich in sieben Hauptteile: Außenpolitik, Berlin, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik; ihm ist ein Vorwort *Kurt Schumachers* vorangestellt, das er kurz vor seinem Tode zum Entwurf des Aktionsprogramms geschrieben hat. Die einzelnen Hauptteile sind z. T. ineinander verzahnt, so daß der hier beabsichtigte Überblick über den wirtschaftspolitischen Hauptteil der Seitenblicke auf andere Kapitel des Aktionsprogramms nicht entraten kann.

Das vor uns liegende wirtschaftspolitische Konzept weist gegenüber den bisherigen Dokumenten der Nachkriegs-SPD drei Vorzüge auf:

a) Es liegt ein geschlossenes Bild vor — die bisher vielfach verstreuten Teiläußerungen zu einzelnen Wirtschaftsproblemen erscheinen zusammengefaßt und aufeinander abgestimmt.

b) Die Darstellung ist wesentlich präziser und gegenständlicher als in allen bisherigen verbindlichen Erklärungen. Sie faßt erstmalig das Gesamtergebnis der seit Kriegsende stattfindenden Diskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zusammen.

c) Erstmals wird auch dem Bauern, dem Handwerker, dem Mittelstand schlechthin, im Zusammenhang mit den großen wirtschafts- und finanzpolitischen Leitlinien gesagt, was bisher nur sporadisch und verstreut zu verschiedenen Anlässen ausgesprochen worden war.

Das wirtschaftspolitische Kapitel stellt die erstrebten Ziele voran: a) Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung; b) Konsoliderung der Wirtschaftsordnung durch Verbindung volkswirtschaftlicher Gesamtplanung mit einzelwirtschaftlichem Wettbewerb; c) Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum; d) gerechte Verteilung des Sozialprodukts.

Bis auf die beabsichtigte Neuordnung der Wirtschaft durch eine komplementäre Verwendung von Planwirtschaft und Konkurrenz, die ja nicht nur Zielsetzung, sondern durchaus auch Methode und Mittel ist, decken sich diese postulierten Ziele übrigens völlig mit den Grundsätzen, die *vom Hoff* auf dem Berliner Kongreß des DGB zur Grundlage seiner wirtschaftspolitischen Rede wählte,

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung

Zur Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß soll eine aktive Konjunkturpolitik betrieben werden, welche vor allem diejenigen Wirtschaftsbereiche fördert, die den volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklungsstand noch nicht erreicht haben, Grundstoffindustrien und Verkehrswirtschaft werden in Beispielen genannt. Bedeutsam und neu ist die Hervorhebung der Verkehrspolitik; es wird nicht nur die Beseitigung der Engpässe in Schiffbau, Eisenbahn- und Straßenbau gefordert, sondern auch eine planmäßige Verkehrspolitik zur besseren Verbindung der notleidenden Randgebiete mit den Zentren der industriellen Produktion. Hiermit wird sowohl angespielt auf die tarifpolitischen Auseinandersetzungen anlässlich der jüngsten Gütertariferhöhung der Deutschen Bundesbahn als auch auf eine Reihe von Investitionsvorhaben zugunsten einer engeren verkehrsmäßigen Anschließung der nördlichen und östlichen Randgebiete der Bundesrepublik, die ja gleichzeitig die Schwerpunkte der strukturellen Arbeitslosigkeit darstellen. Bei der besonderen Hervorhebung des Straßenbaues war auch an die Vervollständigung des deutschen Autobahnnetzes gedacht. Der Wille zu einer strafferen Raumordnungspolitik wird weiter erkennbar in der beabsichtigten Ausweitung des Wohnungsbaues in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und in dem Willen zum Aufbau neuer lebensfähiger Gewerbe in den Gebieten der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Planung und Wettbewerb

Entsprechend dem aus den Anträgen und auch aus der Parteitagdiskussion ersichtlichen Wunsch, die Wege zur Erreichung von Produktivitätssteigerung und vollbeschäftigung deutlicher aufzuzeigen, wird in diesem Abschnitt das eigentliche Instrumentarium der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik vorgeführt. Zunächst sollen die bisher zusammenhanglos arbeitenden „obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik“ in einem gemeinsamen Gremium zusammenarbeiten. In Anlehnung an englische, französische, holländische und skandinavische Erfahrungen soll diesem Gremium die alljährliche Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts (Nationalbudget) obliegen. Das Nationalbudget soll auf einer ausgebauten Wirtschaftsstatistik und Konjunkturforschung basieren; dabei werden Sozialbudget, Investitionsbudget und Zahlungsbilanz als Kernstücke anzusehen sein. Die Investitionsbilanz ist Grundlage für ein einheitliches Investitionsprogramm, zu dem die bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunkt-Programme usw. zusammengefaßt werden sollen.

Die Finanzierung der Investitionen soll, soweit die betreffenden Wirtschaftszweige das Kapital nicht selbst aufbringen können, durch eine Investitionsanleihe erfolgen. Dieser Gedanke stammt aus einer ausführlichen EntschlieÙung zur Wirtschaftslage, die der Vorstand der SPD vor etwa Jahresfrist angenommen hatte; er scheint in gewisser Weise parallel zu laufen zu dem Prinzip des Investitionshilfegesetzes, das seinerzeit ja u. a. deswegen von den Sozialdemokraten bekämpft worden war, weil sie es nicht für ausreichend hielten. Da das Aktionsprogramm über die Form der über öffentliche Kapitalsammelstellen laufenden Investitionsanleihe jedoch nichts Näheres aussagt, hätte eine sozialdemokratische Regierung noch erheblichen Spielraum für die Ausgestaltung der Emissionen, wobei der Gedanke einer zentralen, gesetzlich fundierten Wiederaufbauanleihe im Vordergrund steht. Gleichzeitig soll die Selbstfinanzierung von Investitionen aus Gewinnen zugunsten der Finanzierung auch über gemeinnützige und private Kapitalsammelstellen eingeschränkt werden; dabei soll die Anlagepolitik dieser Institute über ein Kapitallenkungsgesetz den Erfordernissen des Nationalbudgets (d. h. insbesondere des Investitionsprogramms) angepaßt

werden. Auch Emissionen werden über das gegenüber heute stärker auszubauende Kapitallenkungsgesetz den Erfordernissen des Nationalbudgets unterworfen sein. Gesetzliche Maßnahmen und steuerliche Anreize sollen die Kapitalbildung vermehren. Gleichzeitig wird jedoch auch auf Kapitalbildung durch die öffentliche Hand nicht verzichtet.

Die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen sollen, wo nötig, je nach Lage der Wirtschaftszweige differenziert werden. Damit wird zwar nicht uneingeschränkt eine Politik des billigen Geldes angekündigt, wohl aber ein einheitlicher „Marktzins“ abgelehnt. Die Bundesnotenkbank soll in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik gleichfalls an die im Nationalbudget festzulegenden Ziele der Wirtschaftspolitik gebunden werden.

Die Kapitallenkung in ihrer oben dargestellten Form erweist sich als das Kernstück sozialdemokratischer Wirtschaftsplanung. Es ist unrichtig, wenn in den Kommentaren der Tagespresse teilweise davon gesprochen wurde, daß hier ein entscheidender Gesinnungswandel der Partei zu vermerken seines muß vielmehr darauf hingewiesen werden, daß die referierte Auffassung von Planung und Kapitallenkung bereits in dem im Mai 1950 vorgelegten Dokument „Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung“ ausführlich enthalten war.

Auch die Hervorhebung des echten Leistungswettbewerbs ist für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik keineswegs ein neues Postulat; bereits auf dem Hamburger Parteitag war gegenüber Preisauftriebstendenzen die „Förderung der Konkurrenz“ beschlossen worden. Wenn das Dortmunder Programm darüber hinaus ausdrücklich noch einmal die Zwangswirtschaft ablehnt und die freie Konsumwahl bejaht, so ist auch dies nur eine Wiederholung der schon seit Reichsmarkzeiten vertretenen These, daß Wirtschaftsplanung im sozialdemokratischen Sinne nichts zu tun habe mit güterwirtschaftlicher Zwangswirtschaft, sondern vielmehr die Lenkung der Verwendung der Investitionsrate zum Grundprinzip mache. Das Aktionsprogramm führt weiter aus, es sei besondere Aufgabe der staatlichen Wettbewerbspolitik, alle Unternehmen zu fördern, die den Wettbewerb beleben; hierzu werden insbesondere die Genossenschaften und vor allem die Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher {Konsumgenossenschaften} gezählt. Unvermeidliche Monopole sollen staatlicher Beaufsichtigung unterliegen; wenn auch zur Frage Verbots- oder Mißbrauchgesetzgebung nicht Stellung genommen wird, so ist doch in diesem Punkt eine Übereinstimmung mit der Erhardschen Auffassung festzustellen, daß Marktwirtschaft (und damit also auch „Marktwirtschaft von links“) auf der einen Seite eine Monopol- und Kartellkontrolle auf der anderen Seite erfordere.

Auch die Feststellung, daß zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage ein weiterer Ausbau des Außenhandels unter Abbau der Handelsschranken notwendig sei, enthält eine Übereinstimmung mit der Handelspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung. Allerdings ist das Aktionsprogramm in diesem Punkt nicht besonders ausführlich, es fordert lediglich besondere Anstrengungen zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete; erst bei eingehenderer Darlegung würden sich vermutlich Gegensätze zur derzeitigen deutschen Handelspolitik ergeben, wobei aber eher graduelle und instrumentale Unterschiede als etwa grundsätzliche Gegensätze sich herausstellen würden. Auch die Absicht, die Außenwirtschaftspolitik von vornherein auf die Förderung einer echten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzustellen, und die Voraussetzung einer gesunden Währung bedeuten keinen Gegensatz zu den Zielen der heutigen Handelspolitik, während die im außenpolitischen Kapitel enthaltene Vorstellung einer gesamteuropäischen Vollbeschäftigungspolitik natürlich im Widerspruch zur heutigen Politik der Bundesregierung steht.

Sozialisierung

Die Sozialisierungsabsicht wird ausgesprochen für die Grundstoffindustrien, wobei Kohle, Eisen, Stahl und Energie besonders genannt werden. Der auf dem Parteitag ausgesprochenen Anregung, auch die Großchemie einzubeziehen, ist das Aktionsprogramm nicht gefolgt. Die Begründung für die Sozialisierungsforderung wird in drei Punkten vorgetragen:

a) Nur eine sozialisierte Grundstoffwirtschaft gewährleistet eine sinnvolle Investitions- und Rationalisierungspolitik zur ständig wachsenden Versorgung der Wirtschaft mit Roh- und Grundstoffen, welche ihrerseits Voraussetzung für die Vollbeschäftigung ist.

b) Nur die Überführung in Gemeineigentum verhindert den Mißbrauch der Grundstoffindustrie zu politischen Zwecken und privaten Interessen.

c) Nur eine sozialisierte Grundstoffwirtschaft kann wenigstens zum Teil die infolge der durch den Schumanplan eingetretenen vertraglichen Festlegung der Entflechtung eingetretenen Schäden wieder ausgleichen.

Von besonderer Bedeutung ist, daß diesem Abschnitt die Versicherung vorangestellt ist, eine sozialdemokratische Bundesregierung werde das kleine und mittlere Privateigentum fördern. Dieser Satz ist von der bürgerlichen Kritik als reine Wahltaktik abgetan worden. Es kann aber keinen Zweifel geben, daß der Parteitag diesen Satz mit voller innerer Wahrhaftigkeit beschlossen hat. Es gab auch bereits in den letzten Jahren eine Reihe von Beispielen, die die Ernsthaftigkeit dieser Maxime belegen, so etwa zuletzt die Ausführungen zur sozialdemokratischen Wohnungsbaunovelle, wo eine Bevorzugung des Eigenheims und Stockwerkseigentums mit der Notwendigkeit zur Förderung des Privateigentums begründet wurde.

Das Programm spricht wechselweise von „Sozialisierung“ und „Überführung in Gemeineigentum“, ohne die beabsichtigten Formen und Verfahren näher anzudeuten. Erst die von *Ollenhauer* bereits angekündigte, z. Z. in Ausarbeitung befindliche Gesetzesinitiative zur Sozialisierung wird hier näheren Aufschluß

Einkommensverteilung

Eine gerechtere Einkommensverteilung soll vor allem durch steuerpolitische Reformen erzielt werden. Bei Lohn- und Einkommensteuer sollen die kleineren und mittleren Einkommen dadurch entlastet werden, daß bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe zunächst nur eine Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz Platz greift, während erst die darüber hinausgehenden Einkommensbeträge der Steuerprogression unterliegen sollen. Grundsätzlich soll das Schwergewicht der steuerlichen Belastung von unsozial wirkenden indirekten Steuern auf direkte und sozial gestaffelte Steuern verlegt werden.

Die Steuerpolitik soll durch eine soziale Preispolitik ergänzt werden, die mit Hilfe ständiger Preisbeobachtung Preiswucher schärfstens bekämpfen wird. Die Preispolitik soll sich im wesentlichen einer reichlichen Versorgung des Marktes mit Konsumgütern bedienen; dabei wird besonderer Wert gelegt auf die Handhabung der landwirtschaftlichen Marktordnung, die mit der Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh und Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen nicht nur stabile Verhältnisse für die landwirtschaftliche Betriebsführung, sondern ebenso stabile Preise für den Konsumenten zu sichern hat. Die Notwendigkeit komplementärer Nahrungsmittelführungen zur Preisregulierung wird hervorgehoben. Auch den Genossenschaften wird die Aufgabe der Preisregulierung ausdrücklich zugewiesen. Die nähere Ausführung dieser Maßnahmen findet sich im Abschnitt über Landwirtschaft und Ernährung und im Kapitel Finanz- und Steuerpolitik.

Handwerk, Landwirtschaft, Wohnungswirtschaft

Nach der systematischen Darlegung des wirtschaftspolitischen „Werkzeugkastens“ wendet sich das Aktionsprogramm den oben genannten drei Wirtschaftszweigen mit besonderen Abschnitten zu. Die Handwerkspolitik bejaht den gesetzlich gesicherten Befähigungsnachweis als Voraussetzung zur Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meistertitels sowie die öffentlich rechtliche Selbstverwaltung des Handwerks. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit des Neuaufbaues des bisher stark vernachlässigten handwerklichen Kreditsystems, mit Hilfe öffentlich rechtlicher Kreditinstitute.

Dem Abschnitt über Landwirtschaft und Ernährung sind die schon angedeuteten Ausführungen über die landwirtschaftliche Marktordnung vorangestellt. Energische Schritte zur Beseitigung ungerechtfertigter Verarbeitungs- und Handelsspannen und zur Sicherung des kürzesten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher werden angekündigt. Das Privateigentum an Grund und Boden wird ausdrücklich anerkannt für diejenigen, die mit ihrer und ihrer Familien Arbeitskraft zur Leistung des landwirtschaftlichen Betriebes beitragen. Der Kampf gelte nicht dem Arbeitseigentum des Bauern, sondern vielmehr dem Herreneigentum des Großgrundbesitzes. Deshalb sollen die in den einzelnen Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch Bundesgesetz vereinheitlicht und die Bodenreform baldigst abgeschlossen werden. Dabei sollen unter Vermeidung von Härten „in der Regel“ solche Nutzflächen und Betriebe, die vom privaten Grundbesitzer seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, in das Eigentum des bearbeitenden Pächters überführt werden. Ein Katalog notwendiger Maßnahmen zur Hebung der Erzeugungsleistung reicht von durchgreifender Flurbereinigung bis zum Ausbau landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen und der Anerkennung einer ordentlichen Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung.

Die Wohnungspolitik wird als wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik bezeichnet. Im Rahmen der allgemeinen Kapitallenkung sollen dem sozialen Wohnungsbau ständige und gleichmäßige Finanzierungsquellen erschlossen werden, um endlich eine langfristige Bauplanung zu ermöglichen. Einheitliche Wohnungsbaurichtlinien für Bund, Länder und Gemeinden werden angekündigt; dabei sollen sozial gebundene Eigenheime, Kleinsiedlungen und gemeinnütziger Wohnungsbau bevorzugt werden. Das Mietproblem soll unter Ablehnung einer schematischen (d. h. wohl: im Sinne des Hausbesitzers großzügigen) Regelung durch Neugestaltung der Mieten für die einzelnen Wohnungsgruppen (Althaus-, Zwischenkriegs- und Neuhausbesitz) gelöst werden. Es wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß eine Erhöhung des allgemeinen Mietniveaus auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird. Allerdings soll eine negative Auswirkung auf den Lebensstandard vermieden und die Mietangleichung nur bei gleichzeitiger Steigerung des Lebensstandards vorgenommen werden, so daß im Ergebnis der Reallohn erhalten bleibt; Renten- und Unterstützungsempfänger sollen staatliche Mietzuschüsse bekommen. Hervorzuheben ist, daß ein Teil des aus der Mietangleichung resultierenden höheren Mietaufkommens durch gesetzliche Vorkehrungen der Wohnungsinstandsetzung und dem Wohnungsneubau zugeführt werden soll.

Finanzreform und fiscal policy

Der finanzpolitische Hauptteil stellt das Postulat voran, daß unter der Voraussetzung von Haushalts- und Währungsstabilität Steuer- und Haushaltspolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entsprechen hat. Sie soll auch den konjunkturpolitischen Zielsetzungen dienen und den Markt

im Sinne sozialer Wirtschaftspolitik beeinflussen. Für die direkten Steuern wird besonders die Begünstigung der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen hervorgehoben; d. h., daß die Ausgestaltung der Steuerpolitik, wie schon vorher die Kreditpolitik, auf das Nationalbudget zugeschnitten sein und insbesondere am Investitionsprogramm orientiert werden wird.

Die Schaffung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung unter Beseitigung der autonomen Länderfinanzverwaltung wird als Voraussetzung für den Erfolg der Steuerreform angesehen. Nur sie könne gleichmäßige und gerechte Erhebung in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und eröffne allein Erfolgsaussichten im Kampf gegen Steuerunehrlichkeit und -hinterziehung. Das Ergebnis der damit möglichen Verwaltungsersparnis und der erwarteten Steuermehreingänge wird (ohne Erhöhung der Steuersätze) auf mindestens eine Milliarde D-Mark geschätzt.

Soziale Steuerreform

Lohn- und Einkommensteuern sollen zwecks besserer und gerechterer Erfassung weitgehend vereinfacht werden. Der Wirrwarr von Begünstigungen soll zugunsten einer Erhöhung der Freibeträge (1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, je 1000 DM für dessen Ehefrau und jedes Kind) und einiger weniger Begünstigungen von besonderer Bedeutung beseitigt werden. Hierunter fallen die schon erwähnte Begünstigung des Sparens zugunsten der im Investitionsprogramm enthaltenen Investitionsziele, die Vorsorge für das Alter (insbesondere auch für freie Berufe und den gesamten Mittelstand) sowie Berufsausbildung und Nachwuchsförderung. Die Zusammenveranlagung der arbeitenden Ehefrau mit dem Ehemann und die steuerliche Ungleichheit zwischen Einkommensteuerpflichtigen und Lohnsteuerpflichtigen ebenso wie die Steuerungleichheit zwischen Einzelunternehmen, Personalgesellschaften und Kapitalgesellschaften (letztere soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer höher belastet ist, als er es durch die Körperschaftssteuer wäre) sollen beseitigt werden. Die Aufteilung der Lohn- und Einkommensteuer in eine Normalsteuer mit gleichmäßigem Steuersatz und eine Zusatzsteuer mit einem progressiven Steuersatz wurde schon oben berührt. Sie wird ergänzt durch eine stärkere Belastung des Einkommens aus Kapitalvermögen und anderen fundierten Vermögen gegenüber dem Arbeitseinkommen.

Das Programm spricht sich weiter für eine Phasenpauschalierung der Umsatzsteuer aus. Dabei soll der Steuersatz seiner Höhe nach differenziert werden für lebensnotwendige Güter und Güter des gehobenen Bedarfs; für lebensnotwendige Güter wird Steuerfreiheit angestrebt. Mit der Differenzierung der Umsatzsteuer soll gleichzeitig die Mehrzahl der bisherigen Verbrauchssteuern entfallen und auch dadurch eine weitere Vereinfachung des Steuersystems erreicht werden. Im Gesamtergebnis werden die steuerpolitischen Maßnahmen voraussichtlich einerseits zur Steuerbefreiung von Millionen bisher steuerpflichtiger Personen führen und die Steuerlast entsprechend der Leistungsfähigkeit wesentlich gerechter verteilen als dies heute der Fall ist, andererseits aber das Gesamtsteueraufkommen nicht reduzieren.

Einheit von Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Das Aktionsprogramm weist eine weitgehende Koordinierung von Zielsetzungen und Methoden auf diesen drei Gebieten auf. Besonders deutlich tritt dies in Erscheinung in dem sozialpolitischen Kapitel, dessen weitreichenden und aufsehenerregenden Reformplänen (unter denen unter wirtschaftspolitischem Aspekt besonders die Beseitigung des heutigen Drahtverhaues der Sozialversicherung

bedeutungsvoll ist) eine allgemeine Klausel von gewisser Einschränkungswirkung vorangestellt wurde. Die Reform der Sozialpolitik soll schrittweise aufgebaut werden; dabei wird ausdrücklich von der etwaigen Vorstellung einer autonomen Sozialpolitik abgerückt und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit Wirtschafts- und Finanzpolitik herausgestellt. Der sozialpolitische Mehraufwand soll realisiert werden aus der Vergrößerung des Sozialprodukts durch Vollbeschäftigung und Produktivitätssteigerung sowie insbesondere auch durch die Rationalisierung der Sozialleistungen auf Grund des im einzelnen dargelegten Sozialplans.

Lediglich im kulturpolitischen Hauptteil enthält das Aktionsprogramm unter der Überschrift „Frau und Familie“ noch einige Forderungen, die mit Hilfe der oben erwähnten Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ohne weiteres erreicht werden können. Dazu gehört, daß keine Mutter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder aus wirtschaftlicher Notlage gezwungen sein soll, erwerbstätig zu sein, und daß die Löhne nicht nach dem Geschlecht des Arbeitnehmers bestimmt sein dürfen. Man wird diese Ziele als Fernziele ansehen müssen, wobei insbesondere hinsichtlich der Lohngleichheit für Mann und Frau nicht zu übersehen ist, daß hier eher eine gewerkschaftliche als eine staatliche Aufgabe vorliegt.

In der Kritik des Dortmunder Ergebnisses haben Außenstehende geglaubt, feststellen zu können, daß sich „die Außenseiter,“ in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik durchgesetzt hätten. In Wirklichkeit war aber das wirtschaftspolitische Konzept des Aktionsprogramms in langen Jahren der internen Auseinandersetzung schon herangereift. Dazu hatten insbesondere die Mitglieder des wirtschaftspolitischen Ausschusses und als geschlossene, wissenschaftliche Fundierung der bisherigen Ergebnisse die jüngst vorgelegten „Thesen zur praktischen Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik aus sozialistischer Sicht“ von *Karl Schiller* beigetragen. Neben seinem, in der Presse zu Recht hervorgehobenen, Anteil ist insbesondere auch zu verweisen auf die materiell gut ausgebauten Abänderungsanträge zum Entwurf, die von der schleswig-holsteinischen, der hamburgischen und der fränkischen Parteiorganisation vorgelegt worden wären; insbesondere sind auch die Namen zu nennen von *Hermann Veit*, *Harald Koch* und *Kurlbaum* (Franken), der sozialpolitische Hauptteil wurde weitgehend von *Ludwig Preller* beeinflusst. Nicht ein Umbruch des wirtschaftspolitischen Konzepts hat sich vollzogen, sondern vielmehr eine stärkere Betonung der nüchtern und sachlich vorgetragenen eigenen Auffassungen zu Lasten der bisher manchmal zu stark im Vordergrund stehenden rhetorischen Kritik an der wirtschaftspolitischen Gegenwart. Wenn der Rheinische Merkur von „schillernden Thesen“ und von einem „Griff in Erhards Zigarrenkiste“ spricht und sich bis zur Andeutung des Verrats am Proletariat versteigt, so sei ihm getrost empfohlen, die heutige Wirtschaftspolitik der sogenannten sozialen Marktwirtschaft einmal daraufhin durchzusehen, ob sie in ähnlich geschlossener Weise von einem einheitlichen, gleich realistischen und gleich sozialen Konzept geleitet ist.

Das Aktionsprogramm darf mit Recht von sich sagen, der freiheitliche Sozialismus diene dem Arbeiter, Angestellten und Beamten, den geistigen Berufen und dem Mittelstand, den Bauern und allen Menschen überhaupt, die vom Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben. Sicherlich ist dieses Programm nicht optimal, es kann nicht die Wünsche jedes einzelnen befriedigen. Aber gerade in der Beschränkung auf das Erreichbare liegt der Wert und die politische Ehrlichkeit.